

Sonstige Bemerkungen, Dokument hochladen und abschicken

Falls Sie weitere Bemerkungen oder Anregungen zur Europäischen Bürgerinitiative hinzufügen möchten, können Sie dies hier tun.

höchstens 1000 Zeichen

Die Bundesarbeitskammer (BAK) vertritt die Interessen von 3,6 Millionen ArbeitnehmerInnen und KonsumentInnen in Österreich. Aus Sicht der BAK kommen die Interessen von ArbeitnehmerInnen und KonsumentInnen auf EU-Ebene zu kurz. Die erstmals durch den Vertrag von Lissabon aufgenommene Bürgerinitiative stellt ein mögliches Instrument dar, um Anliegen von ArbeitnehmerInnen und KonsumentInnen Gehör zu verschaffen, wie dies beispielsweise mit der erfolgreichen Bürgerinitiative „Right2Water“ erfolgt ist. Es gibt jedoch gravierende Schwächen dieses Instruments zu bemängeln, wie das Beispiel der Bürgerinitiative „Stop TTIP“ zeigt: Diese wurde am 15. Juli 2014 bei der Europäischen Kommission zur Registrierung eingereicht. Die Europäische Kommission verweigerte die Zulassung mit der Begründung, das Verhandlungsmandat zu TTIP sei ein Vorbereitungsakt und kein Rechtsakt mit Wirkung auf die Bürgerinnen und Bürger, darüber hinaus könne eine Bürgerinitiative nur darauf hinwirken, einen Rechtsakt zu erlassen, nicht aber einen solchen zu unterlassen. Das „Stop TTIP“ Bündnis reichte im November 2014 beim Europäischen Gerichtshof Klage ein. Dieser erklärte die Ablehnung der Europäischen Kommission im Mai 2017 für nichtig. Daraufhin erfolgte im Juli 2017 die Registrierung der Bürgerinitiative. Wertvolle Zeit, die für die OrganisatorInnen und UnterstützerInnen verloren ging!

Die BAK begrüßt das Bestreben der Kommission, die VO (EU) 211/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 über die Bürgerinitiative zu überarbeiten und zu verbessern. Aus Sicht der BAK sollte aber nicht nur die Bürgerinitiative als Instrument der direkten Demokratie verbessert werden, sondern bedarf es eines allgemeinen Ausbaus der Demokratie auf EU-Ebene. Zu erwähnen ist insbesondere das Ungleichgewicht in den Kräfteverhältnissen der LobbyistInnen, das durch wirksame Regulierung und Transparenzregelungen für Lobbying eingedämmt werden muss. Andere aus Sicht der BAK wünschenswerte Änderungen können zumeist im Rahmen der derzeit geltenden EU-Verträge nicht umgesetzt werden und werden als Perspektiven für die nächste Vertragsänderung vorgeschlagen. Dazu gehört die Aufwertung des Europäischen Parlaments und die Zurückdrängung der Entscheidungsfindung zwischen den nationalen Regierungen.

Die BAK hat die Bürgerinitiative „Right2Water“ als unterstützende Organisation begleitet und für die Bürgerinitiative „Fair Transport Europe“ Unterstützungserklärungen gesammelt. Bei der Beantwortung des Fragebogens sind die Erfahrungen der BAK aus den beiden genannten Bürgerinitiativen eingeflossen.

[Hier eingeben]